

Für ein Grünes Konjunkturprogramm: Die Rezession bekämpfen – in die Zukunft investieren

Ein Diskussionspapier von

**Wolfgang Strengmann-Kuhn, Klaus Seipp, Stephan Schilling, Robert Habeck
und Sven Giegold¹**

1. Wir stehen vor der größten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik

Wir erleben derzeit eine Finanz- und Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes, wie zuletzt in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Ursachen dieser Finanzkrise liegen in der radikalen Deregulierung der Weltwirtschaft und insbesondere der Finanzmärkte in den letzten 30 Jahren. Sie ist die Konsequenz eines weltweit ungeregelten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dem der Globalisierung und Entfesselung der Wirtschaft und der Finanzströme keine Globalisierung der sozialen und ökologischen Einhegung der Märkte folgte.

Wenn wir nicht gegensteuern, wird sich die Finanzkrise zu einer schweren Weltwirtschaftskrise weiterentwickeln. Der Internationale Währungsfonds rechnet für das kommende Jahr mit einer globalen Rezession. Die Wirtschaften der entwickelten Volkswirtschaften werden schrumpfen. In Deutschland droht die schwerste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Durch die höhere Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt droht nun in der Krise ein wesentlich rasanterer Anstieg der Arbeitslosigkeit als wir dies aus der Vergangenheit gewöhnt sind.

Bisher ist die Krise am Arbeitsmarkt bei den meisten Menschen noch nicht angekommen. Dies liegt daran, dass Unternehmen in der Regel erst zeitverzögert Beschäftigte entlassen, deswegen gibt es üblicherweise einen time-lag zwischen Wirtschaftsentwicklung und Zahl der Arbeitslosen. Das ist ein Grund, warum der Konsum bisher nicht eingebrochen ist. Ein weiterer ist, dass es im letzten Jahr nach einer langen Durststrecke wieder zum Teil gute Lohnabschlüsse gegeben hat. Schließlich haben die Leute mehr Geld in der Tasche, weil viele Preise, insbesondere für Öl und daraus folgend für Benzin, gesunken sind. Hier liegt allerdings auch eine Gefahr. Einige Ökonomen warnen bereits davor, dass sich aus der Krise eine allgemeine Deflation entwickeln könnte, d.h. ein Fallen der Preise bei nahezu allen Gütern. Bei einer allgemeinen Deflation rechnen die Menschen damit, dass die Preise noch weiter fallen und verschieben Kaufentscheidungen in die Zukunft, was die Rezession weiter verschärft. Damit könnte aus der Rezession eine lange und tiefe Depression werden, wie das Beispiel der japanischen Krise in den 90er Jahren zeigt. In einer Depression gewinnen die nominalen Verbindlichkeiten wie z.B. Kredite an Unternehmen real an Wert, wodurch viele Unternehmen zahlungsunfähig werden. Massebankrotte wären die Folge.

¹ Wolfgang Strengmann-Kuhn ist MdB und Mitglied im Wirtschaftsausschuss
Klaus Seipp ist Sprecher der BAG Wirtschaft und Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen
Stephan Schilling ist stellvertretender Sprecher der BAG Wirtschaft und Finanzen und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland
Robert Habeck ist Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
Sven Giegold ist Wirtschaftswissenschaftler und Gründungsmitglied von attac

2. Wir brauchen einen Grünen New Deal

Bei alldem ist zu berücksichtigen, dass wir es zurzeit nicht nur mit der Finanz- und der daraus folgenden Wirtschaftskrise zu tun haben. Nach wie vor gibt es auch die Herausforderung des Klimawandels und einen Anstieg des Hungers in der Welt, aufgrund der Nahrungsmittelkrise. Alle drei Krisen hängen mit einander zusammen und müssen auch bei den Lösungen zusammen gedacht werden. In den 30er Jahren schnürte der amerikanische Präsident Roosevelt ein umfassendes Maßnahmepaket, das als „New Deal“ in die Geschichte einging. Dazu gehörten die Regulierung der Finanzmärkte, Investitionen in die Infrastruktur und eine neue Verteilungs- und Sozialpolitik. Ähnlich wie bei der Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre in den USA brauchen wir jetzt einen Grünen New Deal, zu dem die Regulierung der Finanzmärkte, eine Politik für soziale Gerechtigkeit und ein ökologischer Umbau der Wirtschaft gehören. Insofern liegt in der Krise auch eine Chance. Wir wollen diese Chance nutzen. Mit dem grünen New Deal wollen wir einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen. Angesichts dieser globalen Herausforderung denken wir den Grünen New Deal global, er ist unser Maßstab für die Handlungen vor Ort sowie auf nationaler europäischer und globaler Ebene.

Öffentliche Investitionen sind jetzt notwendig

Eine grüne Investitionsoffensive ist, neben der Regulierung der Märkte, einer der zentralen Bestandteile eines „Grünen New Deal“. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung mutet regelrecht lächerlich an, vor allem wenn man es mit dem Rettungsschirm für die Banken aber auch mit den Programmen anderer Staaten vergleicht. Mit einem konzentrierten sozial-ökologischen Grünen Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Mrd. € - das sind 2% des Bruttoinlandsprodukts - wollen wir in Deutschland und in Europa gegen die Rezessionsgefahr angehen. So begegnen wir zugleich der Finanzkrise, der Klima- und Energiekrise und den sozialen Herausforderungen im eigenen Land. Schwerpunkte sind dabei öffentlichen Investitionen, die sich auf Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit konzentrieren. Der nächste Aufschwung muss ein sozial-ökologischer Umschwung sein. In der aktuellen Situation, in der sich die Wirtschaftsaussichten immer weiter verdunkeln und die Gefahr einer lang anhaltenden schweren Rezession zunimmt, ist eine entschiedene konjunkturpolitische Antwort notwendig. Deshalb heißt es jetzt klotzen und nicht kleckern. Davon ist aber in Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – bisher nichts zu sehen. Die Große Koalition droht durch ihr Zaudern Deutschland mit ruhiger Hand in die Katastrophe zu lenken.

Für uns Grüne ist Konjunkturpolitik kein Selbstzweck. Wir wollen ein Investitionsprogramm, das sich nahtlos in eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie einfügt. Es ist unverzichtbar, dass der entstehenden Staatsverschuldung ein realer Gegenwert entgegen steht und die Allgemeinheit durch das Konjunkturprogramm profitiert. Ein Konjunkturprogramm muss soweit wie nur möglich aus investiven Ausgaben bestehen. Wir sind die Partei der öffentlichen Güter und haben immer wieder deren Bedeutung für einen modernen Sozialstaat herausgestellt. Dabei geht es vor allem um die Bereiche Bildung und Forschung, Ökologie und Infrastruktur. Die deutsche Gesellschaft steht in diesen Bereichen vor gewaltigen Herausforderungen, auf die die Große Koalition noch keine überzeugende Antwort formuliert hat. Wir verbinden so das Notwendige der Konjunkturstabilisierung mit dem Nützlichen, dem Umbau der Gesellschaft zu einer modernen ökologischen und

sozialen Bildungsgesellschaft. Ein grünes Investitionsprogramm muss den Strukturwandel vorantreiben und finanzieren, statt ihn zu verhindern. Die gesamtwirtschaftliche Bildungsrendite wurde zuletzt auf bis zu 13% geschätzt. Diese ökonomische Rendite liegt deutlich über den Zinsen für langfristige Staatsschuldpapiere. Ähnliches gilt für Investitionen in eine moderne Energieversorgung und Energieeffizienz sowie in eine moderne ökologische Mobilität der Zukunft. Bei Investitionen spricht auch nichts gegen eine Kreditfinanzierung, denn der Staat erwirbt für die gestiegene Staatsverschuldung einen Gegenwert in Form eines gestiegenen öffentlichen Kapitalstocks.

Gegen eine blinde Wachstumspolitik

Auch in der Wirtschaftskrise ist es notwendig auf eine nachhaltige, ökologische Wirtschaftspolitik zu setzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Klimaziele durch Subventionen für Spritfresser, durch eine Verschrottungsprämie für Autos oder ein Aufweichen des Emissionshandels in den Hintergrund gedrängt werden. Wachstum um jeden Preis führt uns von einer Krise direkt in die nächste. Einer solchen Politik müssen wir als Grüne eine klare Absage erteilen.

Eine Politik, die undifferenziert auf Wachstum setzt, ist per se unökologisch. Dennoch müssen wir der Wirtschaftskrise entschieden entgegen treten, um ein Schrumpfen der Wirtschaft zu verhindern und soziale Härten zu vermeiden. Dabei muss verhindert werden, dass wie in der Vergangenheit in ökonomisch schlechten Zeiten der Klima- und Umweltschutz unter die Räder gerät. Vielmehr kann ein aktiver, entschiedener Klimaschutz für eine wirtschaftliche Dynamik und ein nachhaltiges Wachstum sorgen. Dafür ist die Erfolgsgeschichte des Erneuerbaren Energien Gesetzes ein hervorragendes Beispiel.

Unser Ziel ist es Wirtschaftswachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen unverzichtbar. Es geht also nicht um Wachstum um jeden Preis, sondern um ein Wachstum durch mehr Energieeffizienz und eine gerechtere Bildungs- und Sozialpolitik. Und genau deshalb ist der Green New Deal ein guter Deal: weil er einen Weg aus der Wirtschafts- und Klimakrise weist.

3. Das Grüne Konzept gegen die Krise

Zurzeit überschlagen sich die Vorschläge gegen die ökonomische Krise. Jeden Tag gibt es eine neue Idee. Die Bevölkerung bekommt den Eindruck als würde die Politik völlig plan- und richtungslos handeln. Wir setzen deshalb auf eine gute Analyse der aktuellen Situation als Grundlage für unser Handeln. Der Grüne New Deal dient uns dabei als Kompass. Da es sich um eine weltweite ökonomische Krise handelt, wird die Exportnachfrage in den nächsten Monaten weg brechen. Deshalb ist eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Binnennachfrage erforderlich. Diese setzt sich aus drei Komponenten zusammen: privaten Investitionen, privatem Konsum und öffentlichen Ausgaben. Private Investitionen werden dann getätigt, wenn es positive Gewinnerwartungen gibt. Deshalb stimmt es nicht, dass die Gewinne von heute die Investitionen von morgen sind. Das Gegenteil trifft zu: die Gewinne von morgen sind die Investitionen von heute. Nun sind in einer ökonomischen Krise die Erwartungen schlecht und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, um private Investitionen anzuregen, läuft konjunkturpolitisch völlig ins Leere. Ähnliches gilt für den privaten Konsum. Eine Erhöhung des Einkommens, z.B. durch Steuersenkungen oder

Konsumschecks, führt aufgrund schlechter wirtschaftlicher Erwartungen und ökonomischer Unsicherheit nicht unbedingt zu einem höheren Konsum, sondern eher zu einer höheren Ersparnis. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass es tatsächlich zu einer Deflation kommt.

Die Geldpolitik stößt an ihre Grenzen

Auch die Geldpolitik ist in der derzeitigen Situation überfordert. Während bei leichteren konjunkturellen Eintrübungen oft geldpolitisches Handeln ausreicht, um diese zu bekämpfen, ist in der jetzigen Krise der aktive Einsatz der Fiskalpolitik unerlässlich. In einer solchen Krise können die Unternehmen wegen fehlender Nachfrage oft auch mit sehr niedrigen und negativen Realzinsen nicht zum investieren gebracht werden. Zudem sind auch die Erwartungen der Haushalte so schlecht, dass auch sie nicht bereit sind sich stärker zu verschulden. Im Augenblick kommt erschwerend hinzu, dass die Marktzinsen wegen der großen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten den Leitzinsen der Zentralbanken nicht folgen, sondern unverändert hoch bleiben. Weil gleichzeitig die Inflationserwartungen zurückgehen, steigen die Realzinsen sogar. Schließlich hätte die EZB zwar bei den Zinsen noch etwas Spielraum nach unten, bei anderen Zentralbanken ist das aber nicht mehr der Fall. Daher ist ein aktiver Einsatz der staatlichen Finanzpolitik unerlässlich. Diese muss jetzt mit Maßnahmen in großem Umfang die Wirtschaft stimulieren.

Wer jetzt spart, macht Deutschland ärmer

Dabei dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Es darf nicht wie in der Vergangenheit gegen die Krise angespart werden, denn im Ergebnis führt dies zu einem höheren Schuldenstand, wie wenn man rechtzeitig expansive fiskalische Impulse gesetzt hätte. Ein erschreckendes Beispiel hierfür ist die japanische Krise in den 90ern. Weil der japanische Staat zu spät von seinem Sparkurs abließ, wurde die Krise zu einer schweren Depression mit starken deflationären Tendenzen. Der Schuldenstand des japanischen Staates war damals vergleichbar mit dem heutigen deutschen Schuldenstand von etwas mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts. Heute liegt der japanische Schuldenstand infolge der Krise bei 180%. In der Volkswirtschaftslehre bezeichnet man dieses Phänomen auch als Sparparadox: ein Staat, der in der Krise spart, steigert die Staatsschulden überproportional.

Wir setzen auf Zukunftsinvestitionen, die nachhaltig wirken, insbesondere in Bildung, Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien, sowie auf eine stabilere soziale Sicherung. Diese Investitionen führen zu einem höheren Produktionspotential bringen höhere Steuereinnahmen in der Zukunft. Durch ein konsequentes Umsteuern, hin zu einer ökologischen Wirtschaft, werden die langfristigen Gewinnerwartungen von Unternehmen verbessert. Durch die Erhöhung von Sozialleistungen entsteht mehr soziale Sicherheit und der private Konsum unterer Einkommensgruppen wird gefördert.

Der internationalen Verantwortung gerecht werden

Deutschland hat in dieser Situation eine viel größere internationale Verantwortung zur Stützung der Weltkonjunktur, als sie bisher wahrgenommen wurde. In der Vergangenheit waren es oft die Vereinigten Staaten, die mit entschlossenen Maßnahmen für andere Länder wie Deutschland die Konjunkturlokomotive gespielt haben. Diese Funktion können die USA in der jetzigen Krise nicht mehr erfüllen, weil sie im Zentrum der Krise stehen und eine tiefe Rezession durchleben werden. Hinzu kommt, dass die USA die Krise nutzen müssen, um das immense US-Leistungsbilanzdefizit, welches ein Risiko für die Weltwirtschaft darstellt, zu reduzieren. Dies geht aber nur, wenn die wichtigsten Überschussländer mithelfen, indem sie

ihre Konjunkturprogramme entsprechend größer ausgestalten. Das größte Überschussland, China, scheint gewillt zu sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden: Das Land, das ein Bruttoinlandsprodukt aufweist, welches immer noch leicht unter dem Deutschen liegt, plant in den nächsten Jahren Investitionen im Gesamtumfang von 460 Mrd. Dollar. Wenn auch in geringerem Umfang, so muss auch das zweitgrößte Überschussland, Deutschland, dieser Verantwortung gerecht werden. Auch gegenüber den Partnern in der Eurozone haben wir eine Verantwortung, da die Handels-Ungleichgewichte in der Währungsunion auch eine Folge der falschen deutschen Politik waren und sind. Die Krise bietet die Chance die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Ein leicht größeres Investitionsprogramm als die der Defizitländer kann einen wichtigen Beitrag zum langfristigen Abbau der Handelsbilanzungleichgewichte leisten und mit dem so gewonnenen Vertrauen, den Grundstein für eine europäische Wirtschaftsregierung legen. Im Moment macht Deutschland mit seiner Weigerung als größte Volkswirtschaft Europas mehr Verantwortung für die Stützung der Konjunktur zu übernehmen aber das Gegenteil von dem, was nötig wäre und entwickelt sich europapolitisch zum unbelehrbaren Buh-Mann. Wir verurteilen die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage und fordern eine dringende Korrektur.

Es macht keinen Sinn in der Krise eine Politik auf Kosten anderer Länder zu machen. Eine der wichtigsten und schmerhaftesten Lehren aus der Weltwirtschaftskrise war es, dass man eine globale Wirtschaftskrise nur gemeinsam bewältigen kann. Versuche einzelner Staaten sich auf Kosten anderer zu sanieren und an den positiven Effekten der Maßnahmen anderer zu partizipieren, ohne selbst tätig zu werden, führen zwangsläufig zu entsprechenden Reaktionen bei anderen Ländern und damit in ein Desaster für alle Staaten. Die Politik hat in dieser Krise die Chance, der globalisierten Wirtschaft und dem globalen Finanzsystem eine globale politische Ordnung gegenüberzustellen. Diese Chance darf nicht leichtfertig wegen kleinkarierter nationaler Egoismen verspielt werden. Die jetzige Krise und die Debatten um das Krisenmanagement machen deutlich, dass es zu wenig makroökonomische Koordination auf globaler, besonders aber auch auf europäischer Ebene gibt. Einen Teil der Krise, nämlich die Entstehung großer makroökonomischer Ungleichgewichte, hat die mangelhafte Koordination sogar direkt mit zu verantworten.

Die Schuldenproblematik darf nicht aus dem Blick geraten

Die Situation der öffentlichen Haushalte ist nach wie vor angespannt. Zwar wurden zuletzt sogar Überschüsse erwirtschaftet, diese waren aber in erster Linie konjunkturell bedingt, während strukturell in vielen öffentlichen Haushalten noch Defizite bestehen, die nun bald wieder offen zu Tage treten werden. Es ist im Boom nicht gelungen, den Investitionsstau - vor allem bei den Kommunen - aufzulösen. Nicht zuletzt liegt das auch daran, dass viele Kommunen überschuldet sind. Wir brauchen also Vorkehrungen, die dafür Sorge tragen, dass im nächsten Aufschwung die Staatsverschuldung wieder zurückgeführt wird und die verhindern, dass im nächsten Aufschwung die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen durch dauerhaft ausgelegte Steuersenkungen verteilt werden. Wir Grüne wollen eine kluge öffentliche Finanzverfassung schaffen, die die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen garantiert und gleichzeitig langfristigen Investitionserfordernissen und der konjunkturellen Steuerung der Wirtschaft gerecht wird. Aufgrund der negativen Erfahrungen aus früheren Jahrzehnten halten wir eine regelgebundene Lösung für sinnvoll. Neben dem Wirken der automatischen Stabilisatoren muss auch eine antizyklische Investitionspolitik des Staates möglich sein. Eine Übertragung der Schweizer Schuldenbremse auf Deutschland wäre zu restriktiv. Wir wollen eine Schuldenbremse, die deutlich stärker auf die

konjunkturelle Lage reagiert und der der Primärsaldo und nicht der Finanzierungssaldo zugrunde liegt. Außerdem muss die gesamtstaatliche Verschuldung berücksichtigt werden und nicht wie in den bisherigen Vorschlägen nur die des Bundes. Zudem sollte eine Verschuldung für Nettoinvestitionen des Staates immer möglich sein, da diese nicht zu einer Vermögensminderung führen. Auf der anderen Seite dürfen natürlich auch Privatisierungseinnahmen nicht das staatliche Defizit reduzieren, da der Verkauf des öffentlichen Tafelsilbers nur eine Scheinsanierung darstellt, durch die das Vermögen des Staates verringert wird.

Ein Konjunkturprogramm muss folgende Kriterien erfüllen

Die Maßnahmen müssen **möglichst schnell umsetzbar** sein. Die Aufträge für öffentliche Investitionen müssen möglichst bald erteilt werden und die Arbeiten sollten im nächsten Jahr beginnen.

Sie müssen möglichst **zielgenau** sein. D.h., dass die konjunkturelle Wirksamkeit möglichst hoch sein muss. Sickerverluste durch erhöhte Ersparnisbildung der Bürger und der Wirtschaft sind ebenso zu vermeiden wie Mitnahmeeffekte.

Um die **langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu garantieren**, müssen die Ausgaben entweder zeitlich befristet sein oder im Fall von dauerhaft höheren Investitionen z.B. im Bildungsbereich im nächsten Aufschwung durch entsprechende Steuererhöhungen gegenfinanziert werden. Zu solchen Gegenfinanzierungen muss sich die Politik bereits heute glaubhaft verpflichten.

Das Konjunkturpaket muss **quantitativ hinlänglich groß** sein, um die Rezession messbar abzumildern. Die Wissenschaft hat zuletzt verschiedentlich betont, dass es sich um mindestens 1% des Bruttoinlandsprodukts halten sollte, was ca. 25 Mrd. Euro entspricht. Mindestens 1,5% des BIPs fordert auch die EU-Kommission von den Mitgliedsstaaten. Aufgrund der neusten Prognosen halten wir aber ein Konjunkturprogramm in Höhe von 2 Prozent für notwendig.

Damit ein Programm eine möglichst große konjunkturelle Wirkung entfaltet, muss es überwiegend **kreditfinanziert** sein. Ausgabenkürzungen an anderer Stelle oder Steuererhöhungen führen zu einer Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, erhöhen sie aber nicht insgesamt. Solche Maßnahmen können daher bestenfalls einen kleinen Impuls geben. Angesicht des Ausmaßes der Krise ist das unzureichend. Umschichtungen im Haushalt können selbstverständlich aus anderen Gründen sinnvoll sein, mit Konjunkturpolitik haben sie aber nichts zu tun.

Die Bedingungen für ein erfolgreiches Konjunkturprogramm in Deutschland sind gut. So startet Deutschland mit nahezu ausgeglichenen öffentlichen Haushalten in die Rezession. Dementsprechend sind Spielräume für ausreichend große Programme durchaus vorhanden. Die sich abzeichnende Schwäche und Unterauslastung der deutschen Binnenwirtschaft vor allem auch in einigen für Investitionsprogramme besonders geeigneten Bereichen wie der Bauwirtschaft, eröffnet gute Möglichkeiten für die öffentliche Auftragsvergabe, ohne dass diese wegen Engpässen zu Preissteigerungen führen werden. Zudem eröffnet der öffentliche Investitionsstau in den Kommunen bei den Aufgaben von Bildung und Betreuung und der Energie- und der Verkehrswende eine Vielzahl von sinnvollen Investitionsmöglichkeiten, die eben keine Strohfeuer wären, sondern im Gegenteil Zukunftsinvestitionen anstoßen würden, die entscheidend sind für die langfristige Entwicklung des Landes und die nachhaltigen Wachstumskräfte.

Das Grüne Konjunkturprogramm

Wir fordern ein Konjunkturprogramm im Umfang von 50 Mrd. Euro. Dies entspricht 2% des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts der immer weiter nach unten korrigierten Wachstumsprognosen für Deutschland kann nur ein Programm dieser Größenordnung eine der außergewöhnlichen Situation angemessene Antwort geben. Kern des Grünen Konjunkturprogramms sind sozial-ökologische öffentliche Investitionen. Die Umsetzung eines solchen Investitionsprogramms braucht mindestens einige Monate Zeit. Um kurzfristig den privaten Konsums zu stärken kommt vor allem eine Verbesserung der Sozialleistungen in Frage, also die (ohnehin notwendige) Erhöhung des Regelsatzes des Arbeitslosengeld II und der Grundsicherung im Alter sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung. Dieses Programm muss zunächst weitgehend über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme finanziert werden, weil wir zusätzliche Nachfrage generieren müssen und nicht von einem Bereich in einen anderen umschichten sollten. Soweit es sich um einmalige Investitionsprojekte handelt, kann es bei dieser Kreditfinanzierung bleiben. Entstehen jedoch längerfristige Folgekosten, müssen diese im nächsten Aufschwung über Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

4. Öffentliche Investitionen statt Steuersenkungen, Konsumschecks und Subventionen

Nur wenige der derzeit von der politischen Konkurrenz diskutierten Vorschläge werden diesen Kriterien gerecht. Die große Koalition plant ein Mini-Konjunkturprogramm, was überwiegend aus Maßnahmen besteht, die die Koalition ohnehin schon geplant hatte. Der Sachverständigenrat bezeichnet dieses Programm zu Recht als „putzig“. Die FDP ruft – wie eh und je – nach massiven Steuersenkungen, die kurzfristig untauglich sind und langfristig negative Wirkungen hätten. Auf der anderen Seite schlägt die Linkspartei ein Konjunkturprogramm vor wie sie das immer – auch in ökonomisch weniger angespannten Zeiten – fordern. Insofern liegen sie diesmal zwar zufällig nicht ganz falsch, über die Gegenfinanzierung im nächsten Aufschwung machen sie sich aber keine Gedanken. Außerdem ist die Richtung eines Konjunkturprogramms für die Linke zweitrangig und auch die internationale Dimension der derzeitigen Krisen wird nicht mitgedacht.

Steuersenkungen, wie sie von der FDP und Teilen der CDU/CSU immer wieder ins Spiel gebracht werden, sind hingegen konjunkturpolitisch untauglich. So liegt der Multiplikatoreffekt von Steuersenkungen in wissenschaftlichen Untersuchungen in der Regel deutlich unter 1. Das bedeutet, dass die Wirtschaft durch Steuersenkungen deutlich weniger wachsen würde wie durch öffentliche Investitionen. Diese haben in der Regel einen mehrfach höheren Effekt als Steuersenkungen. Der Grund dafür ist, dass die Menschen in einer Rezession verunsichert sind und aus Vorsichtsgründen eine größere Sparneigung. Die Unternehmen haben aufgrund einer Unterauslastung infolge der fehlenden Nachfrage keinen Bedarf an Investitionen.

Eine Einkommensteuersenkung verpufft

Eine Einkommensteuersenkung führt dazu, dass ausgerechnet diejenigen ein zusätzliches Einkommen erhalten, die eine höhere Sparquote haben, so dass der Effekt für den privaten Konsum weitgehend verpufft. Die Menschen mit geringen Einkommen, die nur eine geringe Sparquote haben oder zusätzliches Einkommen ganz ausgeben würden, zahlen hingegen in der Regel gar keine oder nur eine geringe Einkommensteuer. Sie würden also durch

Vorschläge wie eine Korrektur der kalten Progression oder einer Beseitigung des so genannten „Mittelstandsbauchs“ bei der Einkommensteuer gar nicht profitieren. Die Beseitigung des Mittelstandsbauchs mag zwar für viele als wünschenswert erscheinen. Sie alleine kostet aber nach Berechnungen des Finanzministeriums 26 Mrd. Euro. Die Befürworter einer solchen Reform müssten also erläutern wie sie die so entgangenen Steuereinnahmen nach dem Abklingen der Krise wieder hereinholen wollen, da kaum davon auszugehen ist, dass sie den „Mittelstandsbauch“ dann wieder einführen wollen.

Mehrwertsteuersenkungen sind fragwürdig

Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer ist nicht Ziel führend. Zwar zahlen auch Menschen mit geringen Einkommen Mehrwertsteuer und würden durch eine Mehrwertsteuersenkung entlastet. Es ist allerdings überhaupt nicht klar, ob eine Mehrwertsteuersenkung zu geringeren Preisen oder lediglich zu höheren Gewinnen führt. Dies ist von der konkreten Wettbewerbssituation abhängig. Aber selbst wenn die Preise sinken, ist noch unklar, ob dies zu höherem Konsum führt, zumal – wie oben dargestellt – wir nicht das Problem zu hoher Preise haben und ein weiteres Absinken der Preise vielleicht sogar die Deflationsgefahr erhöhen könnte.

Maßnahmen bei Unternehmenssteuern nicht erfolgversprechend

Da die deutschen Unternehmen ihren Kapitalbestand im letzten Aufschwung erneuert haben und in der Krise eine beträchtliche Unterauslastung haben werden, wird die Widereinführung der degressiven Abschreibung in erster Linie zu Mitnahmeeffekten führen. Diese Maßnahme mag für sich genommen steuerpolitisch sinnvoll sein. Sie hat aber konjunkturell keinen großen Effekt. Dies gilt auch für andere Maßnahmen bei den Unternehmenssteuern.

Steuersenkungen sind grundsätzlich problematisch

Steuersenkungen sind nicht nur wegen ihrer zweifelhaften Wirksamkeit unverantwortlich. Sie lassen sich in der Regel im Aufschwung nur schwer rückgängig machen und verringern somit auf Dauer die ohnehin zu geringen Investitionen der öffentlichen Hand. Die Steuerquote in Deutschland ist angesichts der Herausforderungen vor allem im Bildungs- und Umweltbereich ohnehin eher zu niedrig als zu hoch. Wie im letzten Aufschwung führen wachsende Steuereinnahmen zu populistischen Forderungen nach Steuersenkungen, die mit Scheinargumenten versehen wurden, wie dem, dass die Menschen ohne Steuersenkungen nicht vom Aufschwung profitieren könnten. In einem solchen Umfeld Steuererhöhungen durchzusetzen erweist sich politisch als außerordentlich schwierig. Wir sind der Auffassung, dass das Steuerrecht soweit wie möglich berechenbar und beständig sein sollte und nicht zum Gegenstand konjunkturpolitischer Maßnahmen werden darf. Erratische Änderungen des Steuerrechts, die aus vorübergehenden Notlagen entstanden sind, haben meist das Gegenteil von dem bewirkt, was sie sollten und haben wesentlich zur Kompliziertheit des deutschen Steuerrechts beigetragen.

Keine Konsumschecks mit der Gießkanne

Auch der Vorschlag eines Konsumschecks in Höhe von 500 € pro Person, wie er von einigen Politikern der SPD und der Linkspartei sowie dem DGB vertreten wird, stößt auf ähnliche Probleme und ist nicht effektiv. Die Reicherer werden das Geld sparen. Auch die Idee, dass der Gutschein nur dann gilt, wenn selbst 200 € dazu gelegt werden, verhindert das nicht, weil die 500 € dann einfach für einen ohnehin geplanten Einkauf verwendet werden können

und dann das eingesparte Geld auf die hohe Kante gelegt wird. Außerdem führt das natürlich dazu, dass ausgerechnet Einkommensschwächer den Gutschein nicht einlösen, weil sie die 200 € nicht haben. Aber selbst ohne die Selbstbeteiligung könnte ein Konsumscheck bei den Ärmsten verpuffen, weil der Betrag vermutlich auf das Arbeitslosengeld II und andere Grundsicherungsleistungen angerechnet wird. Das müsste zumindest ausgeschlossen werden. Abgesehen davon, würde ein Scheck von 500 € pro Person alleine 40 Mrd. € kosten, so dass der Spielraum für öffentliche Investitionen geringer wird. Außerdem wäre die Förderung völlig richtungslos und schon deshalb aus Sicht eines Grünen New Deals problematisch. Ein Vorteil ist allerdings nicht von der Hand zu weisen: Im Gegensatz zu öffentlichen Investitionen, die einen gewissen Vorlauf brauchen, wirkt ein Gutschein oder Scheck sofort. Deswegen wäre ein Gutschein, der erstens zielgerichtet z.B. auf Energieeinsparende Investitionen beschränkt wäre und zweitens von der Höhe eher 100 als 500 € betragen sollte, ein durchaus geeignetes Mittel, das als sehr kurzfristige Maßnahme die öffentlichen Investitionen ergänzen könnte.

Subventionen sind nicht geeignet und mittelfristig schädlich

Maßnahmen zur Rettung bzw. Stützung einzelner Branchen oder Unternehmen sind ebenfalls keine geeigneten Instrumente. Viele von der Krise besonders stark betroffene Unternehmen sind dies aufgrund von strukturellen Problemen, die in der Krise nur offenkundig werden. Oft handelt es sich um Unternehmensstrukturen und Produkte, die den heutigen ökologischen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Der Staat darf durch seine Handlungen weder schlechtes Management belohnen, noch überkommene Strukturen erhalten. Wir halten den Staat auch nicht für den besseren Unternehmer. Auf dem Markt sollte sich entscheiden, welche Unternehmen eine Zukunft haben und welche nicht. Die Konzentration auf große Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen legt die politische zweifelhafte Motivation solcher Rettungsaktionen offen. Denn kleine und mittlere Unternehmen sind von der Krise oft sogar noch härter betroffen, da sie über weniger günstige Refinanzierungsbedingungen und finanzielle Polster verfügen. Es ist schlicht auch aus Gerechtigkeitsgründen nicht einzusehen und kleinen und mittleren Unternehmen und ihren Arbeitnehmer/innen nur schwer zu vermitteln, weswegen großen Konzernen geholfen wird und die kleinen und mittleren Unternehmen leer ausgehen. Schließlich ist es auch nicht Aufgabe des Staates einzelne Unternehmen und die dortigen Arbeitsplätze zu schützen. Vielmehr muss er durch die Gesamtausrichtung seiner Politik ein hohes Beschäftigungs niveau sicherstellen und in Krisensituationen den gesamten Beschäftigungsabbau so gering wie möglich halten. Hier sind öffentliche Aufträge wesentlich effektiver und demokratischer als Finanzspritzen für einzelne Unternehmen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es im Zuge der Finanzkrise zu einer ernsthaften Kreditklemme kommen wird. In diesem Fall halten wir rasche KfW-Sonderprogramme für geboten. Zudem gibt es bereits heute die Möglichkeit, staatliche Bürgschaften und Kredite zu erhalten, wenn die betroffenen Unternehmen strenge Auflagen erfüllen. Diese Auflagen wollen wir um ökologische und soziale Kriterien erweitern. Zudem dürfen Kredite und Bürgschaften des Staates aber nur an Unternehmen vergeben werden, die grundsätzlich kreditwürdig sind. Und dies nur zu marktüblichen Konditionen. Indirekte Subventionen über die Kreditvergabe müssen ausgeschlossen sein.

5. Maßnahmen im Rahmen des Grünen Konjunkturprogramms

Konjunkturpolitik im föderalen System der Bundesrepublik ist eine große Herausforderung. Ein Teil des im folgenden Text aufgeführten Maßnahmenkatalogs kann auf Bundesebene beschlossen und umgesetzt werden. Ein anderer sehr wichtiger Teil ist aber nur unter Mitwirkung der Länder und Kommunen zu verwirklichen.

Deswegen ist es unbedingt erforderlich, dass der Bund und die Länder sich bei der Investitionsoffensive sehr gut untereinander abstimmen. Dies gilt für alle Maßnahmen im Bildungssektor und vor allem für die kommunalen Investitionen. Da es keine direkte Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und Kommunen gibt, muss im Bundesrat dafür gesorgt werden, dass die Länder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel an die Kommunen weiterleiten.

Die überwiegende Mehrzahl der Vorschläge ist investiver Natur. Allerdings gibt es beim sozialen Maßnahmepaket auch Forderungen, wie die Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und die Kindergrundsicherung, die eindeutig konsumtiv sind. Diese Vorschläge müssen – wenn sich die konjunkturelle Situation verbessert hat – sofort gegenfinanziert werden, da sie laufende Kosten verursachen. Ähnliches gilt für viele Maßnahmen im Bildungsbereich. Hier ist es erforderlich, dass der Investitionsbegriff neu gefasst wird und Bildungsausgaben nicht mehr als konsumtiv sondern investiv angesehen werden.

Energie

Die Programme zur **energetischen und CO²-Gebäudesanierung** wollen wir deutlich aufstocken, indem wir den Anteil der öffentlichen Förderung an der privaten Gebäudesanierung erhöhen. Noch immer bestehen in Deutschland erhebliche Defizite bei der Wärmedämmung und bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung. Ein intelligentes Instrument im Bereich der Gebäudesanierung für öffentliche wie private Haushalte sind Contracting-Modelle. Contracting wollen wir durch geeignete Finanzierungsinstrumente, u. a. Staatsbürgschaften oder KfW-Kredite, fördern.

Nach wie vor ist ein großer Teil des öffentlichen Gebäudebestandes nicht energetisch modernisiert. Das **KfW-Programm „Sozial Investieren“** wird alleine aber nicht zu umfangreichen Investitionen in diesem Bereich führen, da viele Kommunen überschuldet sind. Ein Ausweg ist hier nur ein Programm des Bundes, welches die Kosten vollständig übernimmt. Schwerpunkte sollten Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und der öffentliche Wohnungsbestand sein.

Hemmnis für den ökologischen Umbau der Gesellschaft ist oft auch die fehlende Infrastruktur. Dies trifft auf die **Stromnetze ebenso wie auf die Fern- und Nahwärmenetze** zu, die zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung benötigt werden. Der Staat kann die Krise nutzen, um in diesen Bereich in großem Umfang zu investieren.

Ein Programm zur **Renaturierung** von Flüssen, Bächen, Mooren und Auen käme insbesondere mittelständischen Planungs-, Garten- und Landschaftsbauunternehmen zugute. Zugleich würden diese Investitionen zum Klimaschutz betragen. Dieses Programm kann in Vorhaben zur naturnahen Erholung und zur Förderung des sanften Tourismus eingebunden werden.

Verkehr

Im Verkehrsbereich gibt es einen sehr großen Investitionsbedarf. Besonders die **Schienennetze** sind an vielen Stellen veraltet und marode. Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt den Anteil der öffentlichen Hand an bereits genehmigten aber nicht ausgeführten Infrastrukturprojekten der Bahn auf 100% erhöhen.

Auch der **öffentliche Personennahverkehr** unterliegt einem beachtlichen Investitionsstau. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regionalisierungsmittel gekürzt wurden. Wir wollen nicht nur diese Kürzung zurücknehmen, sondern auch die Mittel aufstocken. Bestandteil einer klugen Investitionsoffensive muss ein Sonderprogramm für die Erneuerung und den Ausbau des ÖPNV sein, das besonders in Regionen greift, in denen erhebliche Defizite bestehen.

Statt für neue Straßen, setzen wir uns für die **Sanierung der Bundesfernstraßen**, Tunnel und Brücken ein, die zum Teil in sehr schlechtem Zustand sind. Bei der Straßensanierung sind kleinere Baulose zu vergeben, damit davon vor allem auch regionale, kleine und mittelständische Bauunternehmen profitieren.

Ein modernes Verkehrssystem kommt nicht ohne gut **ausgebaute Radwege** aus. In vielen Kommunen - aber auch über die kommunale und regionale Ebene hinaus - besteht ein großer Handlungsbedarf. Das Radfernwegennetz hat zudem einen hohen touristischen Wert. Hier gilt es die Lücken zu schließen.

Kommunalen Investitionsstau auflösen

Der wohl wichtigste Punkt einer **Investitionsoffensive** ist die Auflösung des seit Jahren bestehenden kommunalen Investitionsstaus. Dieser betrifft fast alle Bereiche kommunalen Handelns wie Schulen, Wasser und Abwassernetze, den ÖPNV, Straßen, Sportstätten und Kultureinrichtungen. Das deutsche Institut für Urbanistik hat den kommunalen Investitionsbedarf auf 704 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 bis 2020 beziffert. Damit besteht auch beim derzeitigen Investitionsvolumen eine jährliche Unterdeckung von ca. 7 Mrd. Euro. Dabei ist insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass auch ärmere und überschuldete Kommunen, bei denen die Bedarfe besonders hoch sind, investieren können. Dazu sind temporäre haushaltrechtliche Änderungen notwendig, aber auch ein Verzicht auf Kofinanzierungen. Der Anteil des Bundes und der Länder muss bei 100% der Investitionskosten liegen.

Noch immer sind vor allem Teile des ländlichen Raums vom **Breitband-Internet** abgekoppelt, was auch die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen hemmt. Wir wollen daher die Wirtschaftlichkeitslücke durch zweckgebundene Zuschüsse mit dem Ziel des flächendeckenden Ausbaus der Netze schließen.

Wir wollen **Projekte der sozialen Stadtentwicklung**, die in den letzten Jahren besonders unter dem Sparwahn zu leiden hatten, wieder angemessen finanzieren und unterstützen.

Bildung

Bedarfsorientierter Ausbau der Kita-Kapazitäten: Die Versorgung mit Kita-Plätzen ist insbesondere in Westdeutschland noch immer schlecht. Der Ausbau kommt nur schleppend voran. Diesen Bereich müssen wir qualitativ und quantitativ verstärkt fördern. Dazu ist eine Aufstockung der Mittel dringend erforderlich. Auf lange Sicht ist die komplette Gebührenfreiheit anzustreben. Die Mittel sollen mit Hilfe einer Kinderbetreuungskarte vom Bund an die Kommunen weiter geleitet werden. In der Praxis fehlt es noch an hochwertiger pädagogischer Qualität und Bildungsleistung bei Betreuungs- und Bildungsangeboten. Die Bundesregierung muss zudem eine Initiative für nationale Qualitätsgrundstandards und Qualitätsmanagementsysteme im Kinderbetreuungssystem ergreifen.

Ausbau aller Schulen zu gebundenen Ganztagschulen: Das jährlich notwendige Mittelvolumen muss deutlich gesteigert werden, um eine Ausweitung des Unterrichts und eine Verkleinerung der Klassen sicherstellen zu können.

Sicherstellung der Teilhabe: Wir wollen eine kostenlose Schülerbeförderung, auch in der Sekundarstufe II. Zudem sollen die Lehr- und Lernmittel sowie die Klassenfahrten und ein Mittagessen kostenlos sein.

Für **bessere Ausbildungsangebote** an überbetrieblichen Ausbildungsstätten und in Betrieben müssen mehr Mittel bereitgestellt werden.

Ausbau der Studienplatzkapazitäten: Wir wollen die Studiengebühren in den Bundesländern abschaffen, die Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen und allen Studierwilligen ein Studium ermöglichen. Angestrebt wird eine Steigerung der Studierquote bis 2014 auf 40% eines Jahrgangs und bis 2020 auf 45%.

Qualitätsoffensive: Das jährlich notwendige Mittelvolumen steigt von 1,00 Mrd. € in 2009 auf 2,65 Mrd. € in 2020. Grundlage der Berechnung: Betreuungsrelation von 50 bzw. 40 Studierende pro Hochschullehrer/in bis 2014 bzw. 2020; Verbesserung der Raumsituation entsprechend dem OECD-Durchschnitt.

Soziale Sicherung

Aufstockung der Regelsätze des Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro. Wir sind der Meinung, dass die derzeitige Regelleistung das Existenzminimum nicht deckt und die tatsächlichen Bedarfe nicht abgebildet werden. Deswegen wollen wir die Regelleistung erhöhen.

Einführung einer Einkommensorientierten Kindergrundsicherung (EKiG) in Höhe von 330 Euro für Kinder bis zum 18. Lebensjahr. Mit der Kindergrundsicherung wird das Kinder- und Eheförderungssystem neu geordnet und vereinfacht. Die Unterstützung erfolgt unabhängig von der Familienform bzw. dem Familienstand. Die Kindergrundsicherung wird gemäß dem Steuersatz der Eltern versteuert. Sie beträgt aber mindestens 281 Euro netto für Höchstverdiener. Dafür entfallen der steuerliche Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag. Das Ehegattensplitting wird auf einen übertragbaren Freibetrag in Höhe von 8.040 Euro abgeschmolzen. Die Erhöhung der Regelleistung im Arbeitslosengeld II und die Kindergrundsicherung kosten 9 Mrd. Euro. Die oben genannten Gegenfinanzierungsmaßnahmen sind darin enthalten.